

Neuer Schwung für RAUS-AUS-EURATOM! Resolution des Salzburger Landtags vom 2.10.2013:

„... dass Österreich umgehend aus dem EURATOM-Vertrag austritt“



Starkes EURATOM-Signal der Salzburger Parteien an die Bundesregierung – ÖVP und SPÖ „springen über ihren Parteschatten“ – Drohende EU-Regelung für Atomsубventionen als Auslöser

Es war eine kleine Sensation: Nicht nur beschloß der Salzburger Landtag am 2. Oktober 2013 auf Antrag von ÖVP und Grünen einstimmig die Unterzeichnung der Global2000-Petition gegen die drohende „Subventionserlaubnis“ der EU-Kommission für Atomenergie. Auf FPÖ-Initiative wurde von allen Fraktionen auch die Aufforderung an die Bundesregierung angenommen, zügig den Austritt Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag einzuleiten. „Da ist ein neuer Mut ins Landesparlament eingezogen!“ freute und freut sich der PLAGE-Vorstand. Im März 2011, im Angesicht der Fukushima-Katastrophe, waren die Salzburger Volksvertreter beschämend hinter einer weitreichenderen EURATOM-Resolution aus dem Jahr 2007 zurückgeblieben.

Auslöser für diesen „Salzburger Aufstand“ gegen die zaghafte EURATOM-Politik der Bundesregierung ist die eingangs erwähnte Absicht der EU-Kommission, auf Drängen Grossbritanniens, Tschechiens und anderer AKW-Betreiberstaaten der Nuklearenergie die gleiche Förderungswürdigkeit zuzuerkennen wie den Erneuerbaren Energien. Atomstaaten und Kommission blenden dabei bewußt aus, daß die Atomenergie

seit 60 Jahren ohnehin massiv begünstigt und ja angeblich längst „hochentwickelt“ ist, während die Erneuerbaren erst seit etwa einem Jahrzehnt nennenswerte Beihilfen bekommen. „Dass die EU-Kommission völlig in Eigenregie eine EU-weite Regelung beschließen kann, wonach Staaten den AKW-Betreibern auf 30 oder 40 Jahre kostendeckende Preise für Atomstrom garantieren könnten, hat die Salzburger Politiker offenbar aufgerüttelt,“ resümiert PLAGE-Sprecher Heinz Stockinger, der als Experte in den Landtag geladen war. Zwar führt die EU-Kommission dazu Konsultationen durch, sie muss im Beihilfen- und Wettbewerbsrecht jedoch Meinungen oder Beschlüsse weder der Mitgliedstaaten noch des Europaparlaments berücksichtigen.

Man merke: „umgehend“!

Dass der Austritt einzelner Länder aus EURATOM rechtlich möglich ist, ist längst durch drei Gutachten* erwiesen. „Im Gegensatz zu diesen sind anderslautende Stellungnahmen von Rechtsexperten der Bundesregierung nie umfassend in der Öffentlichkeit vorgestellt worden,“ kritisiert Stockinger und for-

dert dazu eine Parlaments-Enquête mit Anhörung und gründlicher Diskussion der Expertenmeinungen. Der Salzburger Landtag jedenfalls tritt nun einhellig dafür ein, dass Österreich sich mit der Ankündigung des EURATOM-Austritts wenigstens die Verhandlungsmasse schafft, um unter den EU-Staaten endlich eine Reform des EURATOM-Vertrages aus 1957 auf die Tagesordnung zu bringen. Punkt 2 der Landtagsresolution beauftragt die Landesregierung, „bei der Bundesregierung mit Nachdruck dafür einzutreten, dass Österreich umgehend aus dem EURATOM-Vertrag austritt.“

Allgemein anerkannte nützliche Bestimmungen für medizinische Strahlenanwendungen, betrieblichen Strahlenschutz usw. können dabei problemlos beibehalten bzw in andere EU-Rechtswerke überführt werden, wie es der ÖVP-Klubvorsitzenden Gerlinde Rogatsch ein besonderes Anliegen ist.

Originaltext der Resolution: http://service.salzburg.gv.at/lkorri/Index?cmd=detail_ind&nachrid=51672

* Gutachten der Völker- u/o Europarechtsp Professoren B. WEGENER (Univ. Erlangen-Nürnberg), M. ROTTER (Linz), M. GEISTLINGER (Salzburg).

Versprochen – gehalten



Ex-Landesrat
W. Blachfellner

Die PLAGE wurde 2012 und 2013 vom Land Salzburg stärker gefördert. Im Gefolge von Fukushima hatte Umweltlandesrat Walter BLACHFELLNER eine „substantielle Erhöhung“ Erhöhung zugesagt. Er trug damit dem durch Fukushima so drastisch erwiesenen Wert beharrlicher Antiatomarbeit, wie sie die PLAGE seit 1986 leistet, Rechnung. Nicht zu vergessen ist, daß die Zuschüsse des Landes Salzburg nach Tschernobyl zunächst schon ähnlich hoch waren, dann aber gesenkt wurden. Dennoch ist Walter Blachfellner die aktuelle Erhöhung – und daß er Wort gehalten hat! – hoch anzurechnen. Über politische Vorgänge außerhalb der Atom- und Energithematik enthalten wir uns als PLAGE jeder Stellungnahme. Was seinen Einsatz in atompolitischen Belangen und sein Verhältnis, seinen Umgang mit unserem Verein angeht, können wir nur von Ernsthaftigkeit, Verlässlichkeit und Handschlagqualität berichten. Das seltene Erscheinen der PN in den letzten beiden Jahren hat es zu unserem Bedauern vereitelt, dies zu seinen „Polit-Zeiten“ hier festzuhalten.

Die Subventionserhöhung hat Blachfellner in budgetär engen Zeiten auf seine Kappe genommen und damit Weitsicht bewiesen: Außer bei greifbaren Erfolgen – etwa wenn im Zuge des deutschen Atomausstiegs nach Fukushima das AKW Ohu-1 (Isar-1) stillgelegt wird und dies zuallererst natürlich den bayerischen, den deutschen Atomgegnern, aber auch der kontinuierlichen Wachsamkeit, Kritik und Aktionen* aus Salzburg zu verdanken ist – wird ja nur selten „meßbar“, was konstantes Engagement in Kleinarbeit sowie in Kampagnen und Großaktionen bringen. Walter Blachfellner hatte nicht nur begriffen, welche Großrisiken und gigantischen Fehlinvestitionen solche Basisarbeit verhindert und welchen menschenfreundlicheren Technologien sie damit die Bahn bricht. Er hat diese Einsicht auch seinem Versprechen gemäß umgesetzt, sodaß die PLAGE erstmals einen 25-Stundenposten für eine Fachkraft schaffen hat können. (Diesen neuen PLAGE-Geist“, Julia BOHNERT MSc, werden die PN-Leser/innen natürlich noch vorgestellt bekommen. Spät aber doch. Doch, doch, doch – Sie werden sehen!)

Die Fördererhöhung gilt zunächst auf drei Jahre. Da sowohl ÖVP als auch GRÜNE vor der Landtagswahl der PLAGE versichert haben, deren „Förderung im bisherigen Ausmaß aufrechtzuerhalten“, ist davon auszugehen, daß LR Blachfellners Zusage auch unter der neuen Landesregierung gültig bleibt. Ihm, unserem obersten landespolitischen Ansprechpartner der Jahre vor dem Landes-Finanzdebakel, danken wir für das Verhältnis beiderseitiger Wertschätzung und gegenseitigen Vertrauens.

** Zuletzt drei Monate vor Fukushima, als die PLAGE die Katastrophenschutzbehörde im Landratsamt Berchtesgaden ganz und gar auf dem falschen Fuß erwischte, als sie dort mit einem ORF-Reporter an der Seite auftauchte und Einsicht in die Evakuierungspläne für den Fall eines großflächigen Radioaktivitätsaustritts aus einem der beiden Reaktorblöcke in Ohu bei Landshut beehrte. (> PN 1/2011)*

PLATTFORM NEWS

IMPRESSUM

Alleineigentümer, Herausgeber, Verleger: Verein Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE). Verlagsort: 5020 Salzburg. **Redaktion:** Heinz Stockinger, Julia Bohnert, Gerhild Kremsmair, Peter Machart, Thomas Neff. **Vereinsadresse, Redaktion:** 5020 Salzburg, Nonntaler Hauptstraße 86, Tel. und Fax 0662/643567.

Bürozeiten: Mo–Do 9 – 13 Uhr, Fr 9 – 12 Uhr, e-mail: info@plage.cc. **Blattlinie:** Zeitschrift zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie und des Einstiegs in humane, umweltfreundliche Energiealternativen.

Herstellung: Bubnik-Druck, Ebenau

Wir danken ...

Umwelt
Land Salzburg

EWS Consulting GmbH:

■ Beitrag für PLAGE-Kraft

„Nach unserer GmbH-Versammlung gestern darf ich euch die Mitteilung machen, dass wir (Energiewerkstatt Consulting GmbH) euch 2012 gerne mit € 5000 unterstützen - für die Anstellung einer Person, die sich speziell für den Ausstieg Frankreichs engagiert. Wir haben vor, euch auch 2013 und 2014 mit demselben Betrag zu unterstützen, sofern nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten! (...)“

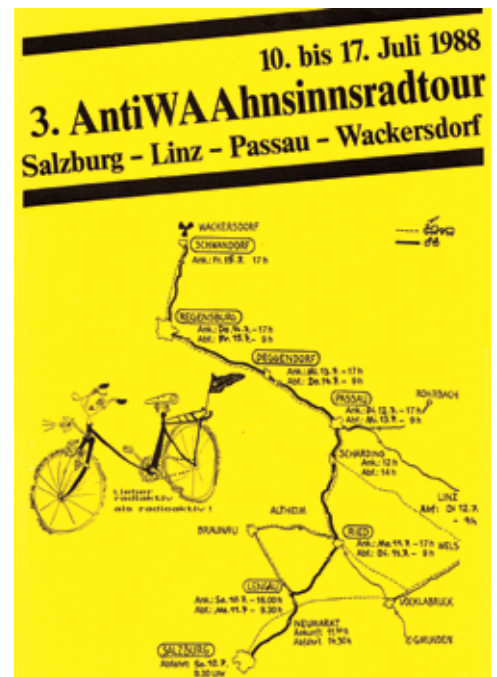
Elfi Salletmaier,
Geschäftsführerin EWS GmbH, Munderfing, OÖ.

PLAGE, Windkraft & Sponsoren:

Windkraftgegner verwandeln den normalen Umstand, daß auch Windkraftbetreiber und -bauer kostendeckend und möglichst mit etwas Gewinn arbeiten müssen, gerne hemmungslos in etwas Anrühiges.

Demgegenüber die Realität:

PLAGE und Energiewerkstatt Munderfing sehen sich als Verbündete, u.a. weil die beiden Firmengründer und heutigen Geschäftsführer, Elfi Salletmaier und Joachim Payr, als aktive Atomgegner zur Energieproblematik gestoßen sind: sie ganz persönlich haben zB 1987 und 1988 die Salzburger Radtouren gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf organisiert. Von der Volksabstimmung gegen das AKW Zwentendorf über die WAA Wackersdorf zur Erneuerbaren Energie Windkraft – ein wohl folgerichtiger und ehrbarer Weg! Und übrigens auch hin zur Energieeinsparung und -effizienz: das EWS-Firmengebäude ist ein Niedrigstenergiehaus. Als solches wurde es gerade erst am 15. November 2013 vom Oö. Energiesparverband in einen „Tag der Offenen Tür“ von 80 Energie-Vorzeigeobjekten einbezogen. Mit solchen Leuten und Unternehmen kann man anständig zusammenarbeiten – und ohne deswegen dann in der Beurteilung jedes einzelnen Windkraftstandortes einer Meinung sein zu müssen!



PLAGE ECHO



(eM 3.12.13 – vgl. Titelseite)

„Heinz, das ist eine großartige Neuigkeit! Wir hoffen, auch in Dänemark etwas dazu tun zu können, wenn EURATOM als Thema wieder auf die europäische Tagesordnung kommt. Wenn staatliche Unterstützung für Atomprojekte erlaubt wird, wird sich wahrscheinlich das Augenmerk verstärkt auf die Fördermechanismen für Atomenergie richten. Bisher wurde die Sache hier in Dänemark ja kaum diskutiert.“

Beste Grüße “

Niels Henrik HOOGE (seit den 1970er Jahren aktiv innerhalb des dänischen Antiatomdachverbandes OOA, dann im Dachverband für Erneuerbare OVE u.ä.)

Leserbrief:

Aus für umfassende AKW-Stresstests

Ich finde es absolut unverantwortlich, dass es für die umfassenden Stresstests für europäische Atomkraftwerke keine Fortsetzung geben soll. Es ist für mich unfassbar, dass künftige Prüfungen alle sechs Jahre keine komplette Kontrolle mehr vorsehen.

Wer mit einem 20 Jahre alten Fahrzeug unterwegs ist, muss damit rechnen, jederzeit eine Panne zu haben. Warum soll dies bei den noch viel komplizierteren Atomkraftwerken anders sein? Da ein Großteil der AKWs in Mitteleuropa bereits mehr als 20 Jahre in Betrieb sind, werden sich Störfälle häufen. Eine Verlängerung der Laufzeit für Kernkraftwerke auf 60 Jahre, wie es sich einige Betreiber wünschen, finde ich mehr als bedenklich.

Ing. Harald Schober, Franz-Bruckner-Str. 28/2,
8160 Weiz, 12.6.2013



2011, 2012, 2013

Thomas & Steffi Neff auf allen ihren Reisen...

...führen PLAGE-Transparente zu ganz zentralen Themen und Langzeitaktivitäten unseres Vereines mit im Gepäck. Dabei geht es natürlich um Atomares auf internationaler Ebene: die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) kennt man überall; das Abkommen, das die WHO seit 1959 in Strahlenfragen an die IAEO bindet, sollte man überall kennen, kennen die Menschen de facto aber fast nirgends. IAEO-WHO-Knebelvertrag auf dem Wüstentrip, RAUS-AUS-EURATOM auf Kirchein-Leserreise in Dublin und an die irische Westküste – dort und in anderen Weltgegenden sorgen die Neffs für ungewöhnliche Reisesgespräche!



In der Sahara ...



...und in der Arktis!

4. November 2013

ÖNA-Botschaften an Koalitionsverhandler

Am Montag nach Allerheiligen trat das Österreichische Netzwerk Atomkraftfrei (ÖNA) erstmals auch „leibhaftig“ bzw. „demonstrativ“ in der Öffentlichkeit in Erscheinung. Auf Initiative von atomstopp_oberösterreich versammelten sich Vertreter/innen einzelner Organisationen, die sich „nach“ Fukushima in Anlehnung an den vor zehn Jahren „verblichene“ Dachverband AntiAtomInternational (AAI) wieder auf regelmäßigen Austausch und Koordinationstreffen verständigt haben, vor dem Parlament in Wien. Adressat: die Verhandler von SPÖ und ÖVP zur Bildung der „neuen alten“ Bundesregierung. Diesen demonstrierten die Atomgegner ihre zentralen Forderungen: Stopp des Atomstrom-Imports, schadensgerechte Atomhaftpflicht in der EU, Einsatz Österreichs gegen die Kettung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) an die Internationale Atomenergie-Agentur (IAEA) im Abkommen von 1959, Stopp Risikoreaktoren rund um Österreich, und Österreich RAUS-AUS-EURATOM. Die stv. Obfrau Maria Fellner vertrat die PLAGE, und trotz Werktag war sogar Leonore Golling von der Arbeitsgemeinschaft für atomfreie Zukunft (afaz) von noch weiter westlich – Innsbruck – angereist.

15. Mai 2013

ORF-Interview zu „100 Jahre Robert Jungk“

Im Rahmen des Gedenkjahres für Zukunftsdenker und Technikratiekritiker Robert Jungk gestaltete Wolfgang Bauer vom ORF-Salzburg eine Sendung unter dem Titel „Betroffene zu Beteiligten machen“. Eben der Aufstand, die Ermächtigung der Betroffenen und deren kritisch-konstruktive Teilnahme an der Gestaltung und Ausrichtung der Welt waren zentrales Anliegen im Leben und Schaffen des Alternativnobelpreisträgers. Um Jungks Wirken für die Beteiligung der „Basis“ nachzuspüren, hatte W. Bauer neben Politologen aus Österreich und Deutschland, dem Leiter der Jungk-Zukunftsbibliothek, Walter Spielmann, und anderen Kennern und Weggefährten des Autors von „Strahlen aus der Asche“ und „Heller als tausend Sonnen“ auch Heinz Stockinger von der PLAGE interviewt. Seine Aussagen in dem am 26. Juni 2013 ausgestrahlten Ö1-Nachtstudio drehten sich klarerweise um die Aktualität von Robert Jungks Überlegungen zum „Atomstaat“ – bekanntlich der Titel eines seiner prägendsten Bücher.



11. – 17. März 2013

Ausstellung: „Eine Uranmine be- droht die Gemeinde Falea in Mali. Der Wettlauf um Rohstoffe in Afrika.“

Anlässlich des 2. Fukushima-Jahrestages zeigte die PLAGE im Schloß Mirabell eine beeindruckende Ausstellung des Forum Civique Européen (Basel) und der örtlichen malischen Bürgerinitiative ARACF zu den dramatischen Schattenseiten, die das Uranabbauvorhaben für die Streugemeinde Falea hätte. Deren 17.000 Einwohner leben in noch weitgehend intakten traditionellen Strukturen auf einer Hochebene mit wichtigen Grundwasservorkommen sowie einer reichen Flora und Fauna.

Doch „wie soll es anders sein“, der bisher unangetastete Ressourcenreichtum Faleas ist das Objekt heftiger Begierde des französischen Atomkonzerns AREVA und der kanadischen Bergbaugesellschaft Rockgate Capital Corp. Explorationen hat die malische Regierung genehmigt und laufen bereits. In der Folge soll ein Gebiet von 150 km² zu einer Uranmine – gekoppelt mit dem Abbau von Silber – werden. Der Schweizer Zweig des Forum Civique Européen unterstützt schon seit geraumer Zeit die skeptischen Einwohner von Falea. „Nach Fukushima“, im Sommer 2011, hat Hannes Lämmli vom Forum in einer Mehr-Länder-Tour die PLAGE

in Salzburg besucht und zur Mitwirkung gewonnen. Über einen der Ihren in der Hauptstadt Bamako konnte Falea eine frühe Verbindung nach außen aufbauen: über Prof. Many Camara, Anthropologe und Soziologe an der Universität Bamako. Prof. Camara kam persönlich nach Salzburg, um die Ausstellung im Schloß Mirabell zusammen mit Salzburgs Bürgermeister Heinz Schaden zu eröffnen.

Weitere Aspekte der geplanten Riesen-Urangrube selbst sowie Politik und Widerstand rund um das Vorhaben, einschl. etwa der Unterstützungsresolution des Salzburger Gemeinderates, der anstehenden Volksbefragung in Falea und wie man deren halbwegs faire Abhaltung gewährleisten kann

– das und Folgeaktivitäten der PLAGE werden demnächst in einer eigenen Schwerpunkt-PN zum Uran-Thema berichtet werden. Die politischen Wirren und militärischen Auseinandersetzungen im westafrikanischen Staat Mali seit 2011 machen es Nichtregierungsorganisationen und örtlicher Bevölkerung noch schwerer. Das Eingreifen Frankreichs mit seinen Befriedigungsabsichten, aber auch Wirtschafts- und insbesondere Uran-Interessen im Hintergrund, ist zu hinterfragen.



Salzburgs Bürgermeister Heinz Schaden und Prof. Many Camara eröffnen am 2. Fukushima-Jahrestag die Falea-Ausstellung im Wolf-Dietrich-Saal von Schloß Mirabell. Heinz Stockinger (PLAGE, li.) und Hannes Lämmler (Forum Civique Européen, Basel, re.) hören dem Hausherrn gespannt zu, der u.a. die Unterstützung Salzburgs für eine Petition zugunsten einer fairen Befragung der Falea-Einwohner zum Uranabbau-Vorhaben von Areva und Rockgate Capital Corporation zusagt.

HOTSPOTS INT'L – Frankreich

Paris bekräftigt: Fessenheim wird abgeschaltet



Während die kommunistisch dominierte und größte Gewerkschaft CGT permanent Druck gegen die Schließung des „greisen Mannes“ unter den französischen AKWs, in Fessenheim am Rhein, macht (hier eine Kundgebung am 24.1.2013), haben französische Regierungskreise wiederholt das Stilllegungsdatum „Ende 2016, Anfang 2017“ bekräftigt. Quelle: Le Figaro, 25/01/2013

Mali-Niger-Uran für Frankreich



In trauter Eintracht: Mahamadou Issoufou und François Hollande. Bevor Issoufou in Frankreichs Uran-Hauptlieferstaat, dem Niger, Präsident wurde, war er... Direktor einer Tochterfirma von Areva, Frankreichs Staatskonzern für AKW-Bau und Uran-Abbau. Im Budget 2013 entdeckte die Opposition im nigerischen Parlament einen Posten „Spende von Areva“. Höhe: 26 Millionen Euro. Es stellte sich heraus, daß damit ein neues Flugzeug für... Staatspräsident und Ex-Areva-Manager Issoufou angeschafft worden war.



pla_ge AKTIV-KUPON

Name: _____

Straße: _____ PLZ/Ort: _____

Telefon: _____ e-Mail: _____

ABO

- Förderndes Mitglied* € 40,- Aktives Mitglied (Normalverdiener)* € 20,-
- Aktives Mitglied (Studenten/Schüler)* € 8,- PN-Abo (keine Mitgliedschaft) € 8,-
- Tragt mich in die Helferliste ein – ich möchte mich aktiv an der PLAGE-Arbeit beteiligen

* jährlicher Mitgliedsbeitrag inkl. PN-Abo

Was wir tun

Der Politik auf die Finger schau. Bildungsarbeit – Infostände – Unterschriftenaktionen – Vorträge – Ausstellungen – Medienarbeit – Leserbriefe – Erstellen von Informationsmaterial – Veranstaltungen – Demonstrationen

An PLAGE
Nonntaler Hauptstraße 86
5020 Salzburg

oder per Fax
0662/643567

Energieminister Südafrikas besucht Windkraft Simonsfeld

Dikobe Ben Martins ist Energieminister der Republik Südafrika. Der politische Weggefährte von Nelson Mandela ist ein Verfechter des Umbaus des Energiesystems in Südafrika: weg von der Kohleverstromung hin zu Strom aus erneuerbaren Energiequellen (EE). Am Rande einer UN-Konferenz in Wien besuchte Ben Martins im Herbst die Windkraft Simonsfeld AG und deren Windpark Kreuzstetten.

„Das Angebot der Windkraft Simonsfeld an die regionale Bevölkerung, sich wirtschaftlich an Windparks zu beteiligen ist ein Modell, das mir auch für Südafrika (RSA) gefallen würde. Wir laden die Windkraft Simonsfeld AG als Windparkentwickler für die nächste Ausbaustufe nach SA ein“, zeigte sich Ben Martins beeindruckt von der Bürgerbeteiligungsphilosophie. Simonsfeld-Vorstand Martin Steininger: „Eine großartige Anerkennung für unsere Arbeit.“ Aber „neue Märkte sind immer eine Herausforderung. Wir werden die Rahmenbedingungen jedenfalls prüfen.“

Derzeit liefern Kohlekraftwerke mehr als 90% des Stroms in der RSA. Die Regierung hat sich aber zum Ziel gesetzt, mittelfristig bis zu 50% des Stroms aus EE-Quellen zu produzieren. In mehreren Stufen wird deren Nutzung ausgebaut. Ben Martins hat in der Regierung ein engagiertes Programm für neue Ökostromkraftwerke durchgesetzt: 3.725 MW Kraftwerksleistung aus erneuerbarer Energie - vor allem Windenergie - sollen bis 2030 umgesetzt werden.



Südafrikas Energieminister auf der WKA der Simonsfeld AG in Kreuzstetten

Quelle: Windkraft Simonsfeld, 19.09.2013

Französisches Reaktor-Fiasko Olkiluoto-3 geht weiter

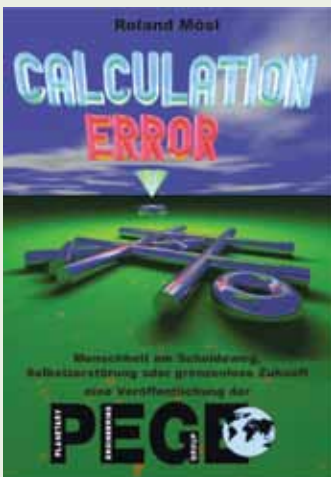
Zusätzlich zu den massiven Kostenüberschreitungen für die französische Areva, die den EPR-Reaktor in Olkiluoto errichtet, hat die Bauverzögerung 2013 einen Punkt erreicht, an dem auch dem künftigen Betreiber des Reaktors, Teollisuuden Voima Oyj (TVO), das Geld ausgeht: TVO mußte seine Aktionäre um eine weitere Finanzspritze von 300 Millionen Euro ersuchen.

Der Grund dafür ist, daß TVO viel länger als veranschlagt – mindestens 11 Jahre lang statt vier – die ganze Projektorganisation aufrechterhalten muß. Außerdem können saftige Extrakosten auf TVO zukommen: Areva versucht einen Teil seiner explodierten Kosten (ca. 6 Mrd. € statt dem garantierten Fixpreis von 3 Mrd. €) über das Internationale Schiedsgericht von seinem Vertragspartner hereinzubekommen.

Das Rundum-Fiasko von Olkiluoto-3 wird auch für das finnische Finanzierungsmodell gefährlich. In diesem Modell besitzen viele kleine Firmen eine Atombetreibergesellschaft. Die kleinsten Anteilhaber, oft kommunale Elektrizitätsversorger, sind von den zusätzlich erforderlichen Investitionen überfordert. Diese müßten von den politischen Gremien, den Gemeinräten, beschlossen werden.

(Quelle: Jehki Härkönen, Greenpeace Nordic, Helsinki, 7.3.13)

PLAGE
LESE
TAGE



Roland MÖSL: **Calculation Error.** Menschheit am Scheideweg – Selbstzerstörung oder grenzenlose Zukunft., 416 Seiten. Zu beziehen über den Autor / PEGE, A-5083 Gartenau, Drachenlochstraße 1c/5, +43 699 17343674

PEGE: „Planetary Engineering Group Earth“

Roland Mösl kämpft seit zwei, drei Jahrzehnten mit PEGE für seine Vision einer weltweiten Versorgung mit Erneuerbaren Energien (EE) und durchgehender Elektromobilität auf EE-Basis. Die Visionen anderer, auch hoch anerkannter Energieexperten und -pioniere sowie einschlägiger Organisationen (Wuppertalinstitut, Greenpeace-Energieszenarien, ...) finden selten Gnade vor Mösls Augen: das Energie-Establishment sowieso nicht, aber vielfach auch die Vertreter alternativer Pfade nicht: „Wie lügt man sich die Energiewende zurecht?“ schreibt er zB

in einem kürzlichen Rundmail. „Indem man von einem sinkenden Stromverbrauch phantasiert. Es ist die Lebenslüge einer Partei [gemeint wohl Die Grünen, (Anm.d.Red.) über Jahrzehnte hinweg. Im Herbst 1991 bekam ich das Taschenbuch für Heizung und Klimatechnik geborgt. 1600 Seiten voll Formeln und Tabellen. Diese Daten führten schon 1992 dazu, dass ich in meinem ersten Buch "Aufstieg zum Solarzeitalter" schrieb, der Strombedarf wird sich bis 2040 auf 1200 TWh steigern, weil fast alles auf Strom umgestellt werden muss.“

Daß der Stromverbrauch sinken könne, ja müsse, hält Mösl für eine „kollektive Lüge“. Zumindest aber für einen fundamentalen Rechenfehler – „Calculation Error“! –, für „zwei Jahrzehnte Tatsachenverweigerung“.

Mösls Intelligenz und Wissen in Energie-, Rohstoff-, Wirtschaftsfragen muß erst einmal jemand Paroli bieten können.

Allerdings, wer von einem stets – unbegrenzt? – steigenden Wachstum einer zentralen Produktion unseres Wirtschaftssystems ausgeht, sieht unter Umständen die Welt und ihren Fortschritt doch wieder mit technokratischen, produktivistischen Augen?... In Anlehnung an Martin Luther Kings „I have a dream“ träumt Mösl unter dem Bildnis des Menschenrechtskämpfers der amerikanischen Schwarzen auf seiner Webseite von einem „Paradies auf Erden“, das „eine vereinte Menschheit“ über „viele Milliarden(!) Jahre“ hinweg schafft. Von all dem ist die Menschheit weiter entfernt denn je.

Doch wie Roland Mösl in seinem Rundbrief sagt: Über die „kollektive Energielüge“, die „Tatsachenverweigerung“ usw „soll diskutiert werden, darüber kann auch diskutiert werden.“ Klar. Deshalb hier der Hinweis auf sein Buch und der Link zu PEGE für Interessierte bzw. Fähige.

„Energiewende retten!": 16.000 bei Demo in Berlin Empörung über Große Koalition: „Frontalangriff auf Energiewende"

Die Energie„wende“politik der Koalition von CDU/CSU und SPD kristallisierte sich in deren Verhandlungen zwangsläufig erst kurzfristig heraus. Trotz entsprechend kurzer Vorbereitungszeit umzingelten am 30. November 2013 rund 16.000 Menschen das Kanzleramt in Berlin. Sie forderten von der künftigen Bundesregierung, die Energiewende mit Sonne und Wind zu gestalten und Gas/Öl-Fracking, Kohle und Atom aufs Abstellgleis zu stellen. Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD nutze nicht die riesige Chance, mit der Energiewende beim Klimaschutz ernst zu machen, Atomkraft abzuschalten, den Stromkonzernen den Stecker zu ziehen und für eine Energieversorgung in Bürgerhand zu sorgen. Aufgerufen zu der

Energiewende-Demo hatten unter anderem die Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“, das Kampagnennetzwerk Campact, die NaturFreunde Deutschland, Attac und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz.

Christoph Bautz, Geschäftsführer des Kampagnennetzwerks Campact: „Schwarz-Rot plant einen Frontalangriff auf die Energiewende und will mit einem Ausbaudeckel die Erneuerbaren ausbremsen. Nach der Photovoltaik geht es jetzt der Windkraft an den Kragen – und damit ausgerechnet der kostengünstigsten Stütze der Energiewende. Stattdessen setzt Schwarz-Rot auf Kohlekraft und will mit neuen Subventionen verhindern, dass alte Kohlemeiler endlich eingemottet werden. Der Klientelpolitik für



RWE, Eon und Vattenfall stellen sich viele Bürger in den Weg. Zu Tausenden gehen wir für eine konsequente Energiewende und einen raschen Ausstieg aus der Kohlekraft auf die Straße.“ Für NaturFreunde-Bundesvorsitzenden Michael Müller ein Generationenkampf:

„Seit 1982 kämpfen die Umweltverbände für eine Energiewende. Bis heute kam sie nicht zustande. Noch keine Regierung hatte ein Konzept, das Energiesparen, Effizienzrevolution und Erneuerbare Energien zusammenbringt. Jetzt wurde erneut die Handbremse gezogen. Der Krieg des fossilen Zeitalters gegen die Menschheit geht weiter.“

Quelle: Aktionsbündnis Campact, 30.11.2013 (<http://www.energiewende-demo.de>)



Lobbypartei FDP bekämpfte zukunftsfähige Energieversorgung – CDU/CSU&SPD detto

An der Zerzausung der Energiewende hatte in der alten Bundesregierung schon die FDP kräftig mitgewerkt. Unter anderem hatte sie hemmungslos darauf hingewirkt, daß immer weniger Unternehmen die EEG-Umlage zahlen. Laut Regierungsantwort vom 3. September 2013 auf eine Kleine Anfrage (Nr. 17/14478) der Bundestags-Fraktion Bündnis 90/Die Grünen waren im Jahr 2013 insgesamt 2.055 Unternehmen von der Umlage befreit, während es im Jahr 2012 lediglich 813 Unternehmen waren.

Dies hat die Stromkosten für Privatkunden um über vier Milliarden Euro erhöht. Die Allgemeinheit einschließlich sozi-

al Schwacher subventioniert auf diese Weise Konzerne wie Exxon Mobil, die Deutsche Bahn oder den Braunkohlebergbau der Vattenfall Europe Mining.

Die neue deutsche Bundesregierung von CDU/CSU und SPD gibt nochmal eins drauf: Nach Absichtserklärungen der Koalitionsverhandler sollten 2014 zwar **weniger** Unternehmen umlagenbefreit werden. Doch laut Wirtschaftsteil der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 6.12.2013 werden es noch einmal deutlich **mehr**, nämlich 2.700.

Dabei ätzte DER SPIEGEL schon am 21.12.2012: „Schlachthöfe von [der Firma] Wiesenhof und anderen Geflügelmästern sowie Tierfutterfabriken“, sowie

„regionale Wurst- und Käsehersteller, Schokoladenfabriken, Solar- und Bioenergiefirmen, die Stadtwerke München, der Erdölmulti Exxon und die Bremer Tageszeitungen AG“ seien „Profiteure“ der Befreiung.

Die Politik bemesse die Ausnahmen für die Industrie inzwischen derart großzügig, "dass nur die Dümmeren noch nicht von der EEG-Umlage befreit sind", sagte Andreas Löschel, der die Expertenkommission der Bundesrepublik zur Energiewende anführt, dem SPIEGEL. Das verschlechtere bei der Bevölkerung die Akzeptanz dieser großen Aufgabe.



Japan will Atomkraftwerke zum Staatsgeheimnis machen

Die Regierungsmehrheit im japanischen Parlament hat ein Gesetz verabschiedet, das die Sicherheit von Atomkraftwerken zur Verschlussfrage macht. Offiziell sollen mit dem Geheimhaltungsgesetz jene Bereiche, die als besonders sensibel und heikel gelten, geschützt werden. Genauere Angaben, um welche Bereiche es sich handelt, gibt es nicht. Ebenso wenig ist eine Kontrolle darüber, was als geheim erklärt wird, vorgesehen – der Willkür ist damit Tür und Tor geöffnet. Und

als Abschreckung für etwaige "Whistleblower" werden Gesetzesverstöße mit bis zu zehn Jahren Gefängnis geahndet. Vorgeschiebener Grund für das neue Gesetz: Die Reaktoren müssen gegen Terroranschläge geschützt werden. Tatsächlich werden auch in Deutschland bestimmte Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen der Terror-Abwehr geheim gehalten. Doch die japanische Regierung will offenbar vor allem Schlampereien, Sicherheitsmängel und Missstände in

den Anlagen vor der Öffentlichkeit verbergen – eine Strategie, die der AKW-Betreiber Tepco schon seit vielen Jahren praktiziert. Das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf Informationen wird damit von einer „demokratischen“ Regierung einfach ausgehebelt.

Quellen: Umweltinstitut München, 15.11., und Zeitungsberichte Dez. 2013

Ex-Premier: Bevölkerung in der richtigen Stimmung dafür!

Koizumi ruft Abe auf, „Sag Atomkraft ade!“

Die Zeitung Mainichi Shimbun berichtete im vergangenen August, daß der ehemalige Premierminister Junichiro Koizumi zum sofortigen Ausstieg aus der Atomkraftnutzung aufrufe.

Nun erläuterte der beliebte Ex-Premier vor dem Nationalen japanischen Presseclub in Tokio: „Noch niemand hat so günstige Bedingungen für die Atomfrei-Option vorgefunden wie Abe. Erstmals seit langem sind die Japaner bereit, ein großes Vorhaben zu unterstützen, und ich wünsche mir, daß mein Nachfolger seine große politische Durchschlagskraft dafür nützt.“

Über 350 Reporter und Presseclub-Mitglieder verfolgten die eineinhalb Stunden lange Rede und Frage-Antwort-Runde in Koizumis typischem nüchtern-pragmatischen Stil.

„Das Oppositionslager tritt für eine atomfreie Gesellschaft ein, und nur die LDP“ – Koizumis und Abes Liberaldemokratische Partei – „ist gegen eine solche. Doch ich denke, daß 50 Prozent der LDP-Volkvertreter dafür sind, mit der Kernenergie Schluß zu machen,“ sagte der Ex-Regierungschef. „Derzeit können sich LDP-Abgeordnete nicht gegen die Kernenergie äußern, weil Abe dafür wirbt. Aber wenn Abe sich zum Atom-

ausstieg entschließt, wird niemand in der Partei protestieren.“

Angeblich hat Koizumi das Thema bisher mit Abe nicht erörtert. Jedoch hat Abe, der Koizumis Kabinettschef war und heute sein Nachfolger ist, einen Atomausstieg abgelehnt, denn ein solcher Kurs sei angesichts der stark steigenden Energiekosten unverantwortlich.

In seiner Zeit als Premier war auch Koizumi für die Atomkraft. Doch das historische Erdbeben in Ostjapan im März 2011 habe ihn erkennen lassen, so sagte er, daß es falsch sei zu glauben, daß die Atomenergie eine saubere und billige Energiequelle sei. Denn Atomenergie sei unkontrollierbar.

Er stellte weiters fest: „Japan hat keine Lösung für die Verarbeitung oder die Entsorgung des radioaktiven Abfalls.“ Für die Politik sei es vielleicht überhaupt unmöglich, „eine klare Vorstellung davon zu haben, wie und wo der Nuklearmüll gelagert werden soll.“ Koizumi ist im Ruhestand, doch immer noch populär. Eine kürzliche Umfrage der Zeitung Asahi Shimbun ergab, daß 60% der Befragten seine Ansichten teilen und nur 25% sie ablehnen.

Quelle: Japan Times, 12.11.2013



Überzeugung geändert: Ex-Premierminister Junichiro Koizumi vor dem Nationalen japanischen Presseclub in Tokio zu seiner 180°-Wende in Sachen Atomenergie im August, die seitdem heftige Debatten ausgelöst hat. (Foto: AFP-JIJI)

zB: „Petition against Hinkley C“ (28.11.2013)

Also gegen eben jenes AKW-Projekt, mit dem die britische Regierung und ein französisch-chinesisches Firmenkonsortium angeführt von Electricité de France (EDF) nach mehr als 15-jähriger Pause im AKW-Bau auf der Insel mit aller Gewalt einen Wiedereinstieg anstreben. Aber nur, wenn für EDF & Co. die Rentabilität des AKWs durch eine staatliche Preisgarantie für den Strom aus dem geplanten Atomblock Hinkley Point C abgesichert wird. Und zwar auf 35 bis 40 Jahre hinaus soll so die Kostendeckung – und wohl auch ein Gewinn – des Hinkley-Betriebs für das Errichter-/Betreiberkonsortium durch die öffentliche Hand, sprich: von den britischen Steuerzahlern und Stromkunden übernommen werden.

Der Widerstand vor Ort hat auf Avaaz eine eigene Petition lanciert (hier der Link, die Kampagne dürfte noch länger laufen): http://www.avaaz.org/en/petition/End_Nuclear_Insanity_NOW_Ban_Construction_of_Hinkley_C_Nuclear_Power_Station/?fPKymab&pv=6

zB: „Fukushima-Lecks – sofort handeln!“ (11.9.2013)

GreenAction und Greenpeace Japan lancierten gemeinsam mit weiteren NGOs im September eine weltweite Online-Petition, in der die japanischen Verantwortlichen zum sofortigen Handeln aufgefordert werden, um die radioaktiven Einleitungen aus Fukushima in den Pazifik zu stoppen (<https://fs220.xbit.jp/n362/form2/>). (Weiteres S. 11.)

zB: Gegen EURATOM-Kredit für Ukraine (26.6.2013)

Diesen Appell richteten Freunde der Erde Europa (FoEE) und Bankwatch CEE, eine Nichtregierungsorganisation, die sich auf zweifelhafte Finanzgeschäfte in Mittel- und Osteuropa spezialisiert, an die Kommission in Brüssel und andere EU-Institutionen. “Dieses Mal fördert die EU-Kommission nicht bloß Atomprojekte

mit einem Darlehen. Sie tut das vielmehr obendrein, obwohl die Ukraine dabei das ESPOO-Abkommen über grenzüberschreitende Bürgerbeteiligung mißachtet hat.”

PLAGE SERVICE

zB: Fachliteratur zu Radioaktivität und Wald

„Thank you very much. I have shared your message also with my colleagues, I am sure it will be helpful. There are many studies on the effects of radiation after nuclear accidents but there is not much on the effects of lower level radiation emissions. So, I am looking into your recommendations. Good thing I speak German. Warm regards, Duygu Kutluay“.

TEMA The Turkish Foundation for Combating Soil Erosion, for Reforestation and the Protection of Natural Habitats

Wir hatten dem TEMA-Mann für Internationale Beziehungen aufgrund seiner Anfrage im elektronischen „no nukes“-Infonetz das folgende, nach ziemlicher Bekanntheit in den 1980er Jahren unverdient in Vergessenheit geratene Buch genannt: Günther Reichelt / Roland Kollert:

Waldschäden durch Radioaktivität?

Synergismen beim Waldsterben. Taschenbuch. 220 S.: 26 Tab., 57 Abb. Paperback, VDE Verlag ISBN 978-3-7880-9713-4. (Vergriffen)



PLAGE LOHNT SICH!

Keine Leistungserhöhung im AKW Gundremmingen!

Sommer 2013: PLAGE thematisiert den Gundremmingen-Plan erstmals in Österreich – Salzburger Landesregierung meldet bei deutschen Stellen ihre Bedenken an.

17. Dezember 2013: AKW-Betreiber RWE und EON ziehen Antrag auf Leistungserhöhung zurück.

Im September haben wir es in PN 1/13 berichtet: Nach der Teilnahme an einer Veranstaltung der örtlichen Bürgerinitiative im Juli haben wir die dort insbesondere von Prof. Wolfgang Renneberg dargelegten Risiken des Vorhabens der Atombetreiber RWE und EON erstmals in Österreich bekanntgemacht. Die Salzburger Landesregierung hat umgehend reagiert und ihre Bedenken bei der Bayerischen Staatsregierung und beim Bundesumweltministerium in Berlin angemeldet. Andere österreichische Bundesländer sind dieser Initiative gefolgt, insbesondere Oberösterreich. Das Umweltministerium in Wien bereitete unseres Wissens ähnliche diplomatische Schritte vor.

Diese kritische Aufmerksamkeit vom „kleinen östlichen Nachbarn“ mag die verantwortlichen deutschen Stellen mit veranlaßt haben, die Risiken einer Leistungserhöhung in den beiden schon betagten Reaktoren B und C in Gundremmingen so ernst zu nehmen, daß den Kraftwerksbetreibern die Ablehnung ihres Antrags signalisiert wurde. Ursprünglich und zumal nach dem CSU-Sieg bei der Bayern-Wahl hatte es weniger gut ausgesehen.

Bei weitem der Hauptfaktor für diesen Erfolg ist natürlich die unglaublich intensive Arbeit des örtlichen FORUM Gemeinsam gegen das Zwischenlager und für eine verantwortbare Energiepolitik e.V. Letzte Höhepunkte dieser Arbeit waren: die Studie „Risiken des Betriebs des Kernkraftwerks Gundremmingen unter besonderer Berücksichtigung der beantragten Leistungserhöhung“ von Professor Renneberg, die er Mitte November an der Universität Augsburg vorstellte (Kernaussage: „Leistungsausweitung nicht genehmigungsfähig“). Und die 27.000 Petitionen, die die Bürgerinitiative und der Bund Naturschutz vor Mitte Dezember im Bayerischen Landtag überreichten (zusammen mit früheren nun insgesamt 34.000).

Im Dezember hatte Global 2000 noch eine Online-Petition gestartet, knapp bevor das „Aus“ für das RWE/EON-Vorhaben kam. Die PLAGE dankt Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer und seiner Vize, Umweltlandesrätin Astrid Rössler, für ihr rasches Eingehen auf den PLAGE-Handlungsvorschlag in diesem Sommer, womit die Sache in Österreich ins Rollen gebracht wurde.

„Ein geheimes Rechtssystem“

Das beschert dem Bürger das Freihandelsabkommen, über das seit Anfang Juli zwischen EU und USA verhandelt wird. Edward Snowdens Aufdeckung der Kontrolle aller privater Kommunikation aller EU-Bürger/innen durch die National Security Agency (NSA) der USA hat doch einige Politiker/innen animiert, diese TTIP-Verhandlungen (Transatlantic Trade and Investment Partnership) ein klein wenig in Frage zu stellen. So nimmt wenigstens einmal eine etwas breitere Öffentlichkeit überhaupt wahr, wenn auf dem Papier die Wirklichkeit gravierend verändert wird. Nicht nur die NSA-Bespitzelung bedroht die bürgerlichen Freiheiten. Auch dieses „Freihandelsabkommen würde sie gra-



Ungezügelter transatlantischer Freihandel USA-EU – absolut freie Bahn für Energiegiganten wie Chevron, Agrochemie- und Gen-Monopolisten wie Monsanto, für Liquidierer der Klimapolitik wie Airlines for America, den größten Verband der US-Flugbranche.

vierend einschränken: „**Was den Gewinn schmälert, gilt künftig als ‚kalte Enteignung‘**“, warnte der Herausgeber des politischen Kulturmagazins Die Gazette, Fritz Glunk, in einem Gastbeitrag in der Süddeutschen Zeitung vom 5.7.2013. „Die Antriebe hinter dem Freihandelsabkommen sind die großen Firmen, **insbesondere die Energie-Unternehmen.**“ Ihre Pläne, vertreten durch die USA, gehen soweit, daß sie jeden Staat wegen Behinderung durch Umwelt- und Sozialgesetze erfolgreich klagen könnten. Vor einem Schiedsgericht außerhalb der regulären Justiz und ohne Öffentlichkeit. Auch „eine Kontroll- oder Revisionsinstanz gibt es nicht“, so Glunk! Das hieße zB: staatlicher Schadenersatz für die US-Ölfirma Chevron, wenn sie in der EU in Schiefergas-Fracking investiert hat und an Widerstand scheitert. Dann wird der europäische Steuerzahler bestraft. Denn der französische, österreichische, deutsche usw. Staat hätte die Entschädigung zu zahlen.

Damit könnte sich die Allgemeinheit künftig gegen praktisch kein Großprojekt mehr wehren. Die Staaten würden ihre Umwelt- und Sozialgesetzgebung, schon schwach genug, in vorseilendem Gehorsam weiter stützen. Es feiert hier für den USA-EU-Raum das neoliberale Vorhaben fröhliche Urständ, welches – ums Haar verhindert – schon vor 15 Jahren

diesen ökologischen und gesellschaftlichen Dammbbruch für die ganze Welt herbeiführen wollte: manche werden sich noch an es erinnern – an das Mutual Agreement on Investment (MAI).

Aber es geht noch perverser. Über den angestrebten totalen Schutz der Investitionen, d.h. auch der verrücktesten, schädlichsten, längerfristig unwirtschaftlichsten Projekte hinaus wollen die multinationalen Unternehmen nunmehr sogar den Schutz ihrer Gewinnerwartungen! Die staatlichen Entschädigungen für eine Firma fielen umso höher aus, je höher sie ihre Gewinnerwartungen angesetzt hätte! Auch Irrsinn kennt keine Grenzen, nicht nur Radioaktivität. A propos, **welche Regierung wagte sich da noch an einen Atomausstieg?!** Wenn höchstens fette staatliche Entschädigungen für Jahre oder gar Jahrzehnte Gewinnausfall die Stromriesen wie Vattenfall, EON, Electricité de France, Amergen von einer Klage vor dem geplanten Schiedsgericht abhalten könnten. Und wenn die nichtkommerziellen Risiken der Technologie – Super-GAUs, Verseuchungen, Atom-müll-Hypothek, also die Risiken für die Allgemeinheit – im TTIP keine Rolle spielen. Der Titel des SZ-Artikels sagt alles: „Der Investor ist unantastbar.“ Ludwigs XIV. absolutistische Herrschaft war ein Lercherl dagegen: gegen den globalen Konzern-Absolutismus von heute.

PLAGE
LESE
TAGE



„Ein visionäres Plädoyer, das in beeindruckender Sprache von Solarzeitalter und Energiewende berichtet – Alternativen, die heute hochaktuell sind.“ (buchLIVE)

Ein spektakulärer Fund im Nachlass des Zukunftsforschers Robert Jungk: eine unscheinbare Mappe offenbart ein visionäres Fragment, das Anfang der achtziger Jahre entstand. Walter Spielmann, Leiter der Salzburger Zukunftsbibliothek, hat es zu einem sinnhaften Ganzen rekonstruiert. Zum 100. Geburtstag von Robert Jungk dieses Jahr wurde das unverhofft entdeckte „Sonnenbuch“ vorgelegt. Es macht deutlich, wie umfassend, tiefgründig und leidenschaftlich Robert Jungk auf die Kraft der Sonne als Symbol und Instrument einer zukunftsfähigen, nachhaltigen und friedfertigen Welt setzte. Seine Beschäftigung mit „Sonnenforschern, Sonnenbastlern und Sonnenverehrrern“ reicht

zurück bis 1979 – unmittelbar nach der Volksabstimmung über Zwentendorf. Und ist doch heute aktueller denn je. Seiner Zeit war Robert Jungk fast immer voraus. Früh schon hat er auf die Risiken des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts aufmerksam gemacht und auf die langen Schatten der Atomtechnologie. Er war aber auch einer der ersten, die die positiven Seiten einer helleren Zukunft erkundet haben:

„Wenn heute so viele Menschen – und ganz besonders die Jungen – ein Sonnenabzeichen tragen, dann wollen sie damit nicht nur Ablehnung ausdrücken, sondern auch Erwartung. Immer häufiger sprechen sie von einem ‚Sonnenzeitalter‘, das nach der Epoche der Hochtechnik und

Hochrüstung kommen müsse.“ (Robert Jungk: Das Sonnenbuch, 2013, S. 17)

Das Sonnenzeitalter werde ein neues Verhältnis zur Mitwelt, eine andere Form des Wirtschaftens, eine bisher nicht praktizierte Balance von Macht und Mitbestimmung sowie die Wiederentdeckung eines höheren Sinns zur Folge haben, war Robert Jungk überzeugt. Dieses Buch erzählt von dieser Vision. Es ist Vermächtnis und Auftrag zugleich.

Robert Jungk:

Das Sonnenbuch

Bericht vom Anfang einer neuen Zukunft. Hrsg. v. Walter Spielmann. Salzburg, Otto-Müller-Verlag 2013. 160 Seiten, ISBN 978-03-7013-1206-1, € 18,-

Verstrahltes Wasser: Japanische Regierung soll umgehend handeln

Dringender weltweiter Appell: Sofortige Schritte gegen den unkontrollierten Austritt verseuchten Wassers aus der Tepco-Atomanlage in Fukushima



An Premierminister Shinzo ABE, Wirtschafts- und Industrieminister Tishimitsu MOTEGI und den Vorsitzenden der Nuklearaufsichtsbehörde NRA, Shunichi TANAKA. (Leicht gekürzt und redigiert. – Anm.d.Red.)

1. [...] Unternehmen Sie die größtmöglichen Anstrengungen, um eine weitere Verseuchung des Ozeans zu verhindern. Richten Sie all ihre Aufmerksamkeit auf dieses Problem, statt Aktivitäten mit dem Ziel, Atomkraftwerke in Japan wieder in Betrieb zu nehmen und japanische Reaktoren in andere Länder zu exportieren. Japans neue, nach Fukushima erlassene Sicherheitsauflagen und –standards berücksichtigen nicht die Mög-

lichkeit unkontrollierter radioaktiver Ableitungen in das Meer.

2. Installieren Sie robustere und haltbarere Lagertanks für das verseuchte Wasser, um Lecks zu vermeiden. Absichtliche Entleerung der radioaktiven Abwässer der Tanks in das Meer darf auf keinen Fall erlaubt werden.
3. Schaffen Sie einen Pool für das gesammelte Wissen unabhängiger Experten ohne Lobbyinteressen aus Japan und der ganzen Welt und stellen Sie sicher, daß es umgesetzt wird.
4. Stellen Sie Transparenz sicher. Geben Sie der Öffentlichkeit Zugang zu allen Regierungssitzungen, die sich mit dieser Frage befassen, einschließlich der Besprechungen des Komitees für Maßnahmen gegen radioaktive Ableitungen im Industrieministerium.
5. Ziehen Sie die Aussage Premierminister Abes vor dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) zurück, wonach “die Lage unter Kontrolle ist” und “die Auswirkungen der [radioaktiven] Abwässer zur Gänze auf den Hafen der Fukushima-Daiichi Nuklearanlage beschränkt bleiben.”

Proponenten-Organisationen:

Green Action, Greenpeace Japan, FoE Japan, Mihama-no-Kai, Fukuro-no-Kai, Klage-Initiative zur Abschaltung des AKW Ohi, Gruppe zur Kontrolle der Atomkontrollbehörde

Kontakt: Green Action, Suite 103, 22-75 Tanaka Sekiden-cho, Sakyo-ku, Kyoto 606-8203 Japan; eM: info@greenaction-japan.org

Dr. Rianne Teule, Energy Campaigner, Greenpeace International, Amsterdam; H: +31(0)6 288 33 207 - Skype: rianne.teule



PLAGE aktiv!

Die PLAGE unterzeichnete die Online-Petition noch am selben Tag und schloß überdies ein eigenes Schreiben an:

Sehr geehrte Regierung Japans!

Die Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE), Österreich, unterschreibt jeden der fünf Punkte der Petition. Denn wir leben zwar in einem Binnenland, doch die Ozeane sind ein gemeinsamer Reichtum der ganzen Menschheit: Wie kann ein einzelnes Land aus einer einzelnen Atomanlage Mengen von radioaktiven Stoffen in dieses gemeinsame Gut “entsorgen”, die alle bisherigen Einleitungen ins Meer übertreffen?! Und unter einem etwas praktischeren Blickwinkel gesehen, ein Teil dieser Radioaktivität wird zwangsläufig früher oder später mit Meeresprodukten, die von diesen Ableitungen aus Fukushima verseucht sind, auf den Tisch unzähliger Leute weltweit gelangen.

Das allermindeste ist daher, daß Sie Regierende Japans davon Abstand nehmen, die Möglichkeit weiterer Nuklearkatastrophen erhöhen, indem Sie Atomkraftwerke wieder in Betrieb nehmen oder zu Nukleartechnologien greifen, die mit einem noch höheren Risikopotential behaftet sind, wie etwa Wiederaufbereitung von Atommüll in industriellem Maßstab und Schnelle Brüter (d.h. Plutoniumreaktoren der sog. “4. Reaktorgeneration”).

Andererseits wird die PLAGE jegliche Anstrengung Ihres Landes begrüßen, die in Richtung erneuerbare Energien geht. Und noch mehr, wenn es Maßnahmen zur Eindämmung der Energieverschwendung und Erhöhung der Energieeffizienz in allen Bereichen von Industrie und Gewerbe sowie des Alltags sind. Zumal dann, wenn Sie solche Maßnahmen am staatlichen Eigentum (zB öffentlichen Gebäuden) vornehmen und damit ein Beispiel geben.

Mit unseren besten Wünschen für diese gewaltige Aufgabe –

Prof. Heinz Stockinger, Vors., am 11. September 2013



PN 1/13 erhalten?!?

Haben Sie die PN 1/2013 im September bekommen? So viele wie noch nie haben nämlich vergeblich auf die Zustellung gewartet. Durch Umfrage im engeren PLAGE-Kreis „aufgescheucht“, haben wir uns systematischer bei PN-Bezieher/innen erkundigt, die wir besser kennen und die für uns leichter erreichbar sind. Und zwar in verschiedenen Salzburger Gegenden, aber auch bis Wien. Von diesen haben sage und schreibe fast die Hälfte die Zeitschrift mit der Katze und dem Stromstecker auf der Titelseite einfach nicht erhalten. Doppelt ärgerlich: es war nach monatelanger Pause die erste PN für unsere Abonnenten und Mitglieder! Und sie kündigte eine wichtige Veranstaltung an – die erste zu den Energie- und Klimazielen 2050 der neuen Salzburger Landesregierung: „Wieder >für die Katz‘<?“ fragte unser Plakat. Und im Untertitel: „Nach zig Energie-Leitbildern: endlich Energiewende in Salzburg?“

Wir glauben, mit der Post AG einen Modus gefunden zu haben, so dass diesmal also besonders auf tatsächliche Zustellung geachtet wird.



erneuerbare energie bewegt



Wir würden uns sehr freuen, Sie in Salzburg begrüßen zu dürfen! Im Zentrum der Kongressinhalte stehen die Debatten um die Energiewende und das ErneuerbareEnergienGesetz (EEG), die im Zuge des endgültigen Atomausstiegs in Deutschland heiß umkämpft sind – hoch brisant sind sie in gleichem Maße in/für Österreich und die Europäische Union. Es erwarten Sie spannende Diskussionen zu den **politisch-strukturellen Rahmenbedingungen der Energiewende** (Schwerpunkt Freitag: „Politik, die bewegt“), **zu ihren konkreten Umsetzungsmöglichkeiten und -hindernissen** sowie zu **Bürgerbeteiligungsformen** (Schwerpunkt Samstag: "Politik in der Umsetzung"). Der **Festvortrag von MEP Rebecca Harms**, hervorgegangen aus der deutschen Antiatombewegung und Vorkämpferin für die Erneuerbaren im Europäischen Parlament, sowie das **Kamingespräch mit Christian Felber** zählen sicherlich zu den Highlights des Kongresses!

Anmeldungen sind bitte an:

office@erneuerbare-energie-bewegt.at
oder per Fax an +43-662-643-567 zu richten.

Nähere Infos auf:

www.erneuerbare-energie-bewegt.at und www.plage.cc.

P.b.b. Erscheinungsort Salzburg, 02Z031966
Verlagspostamt 5020 Salzburg, DVR 0781665

Die Plage News (PN) erscheint mindestens 3 – 4 mal pro Jahr
Die genaue Zahl und Erscheinung variieren aber
aufgrund von Aktionen, Neuigkeiten, Belastungen usw.

PLAGE

Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE).
Nonntler Hauptstraße 86, 5020 Salzburg, Homepage: www.plage.cc
Spenden: Salzburger Sparkasse, IBAN: AT38204040000001313, BIC: SBGSAT2S